

# Unverminderte Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt

Rede des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vor der 18.UN-Sondergeneralversammlung (23. April 1990)

JÜRGEN WARNKE

Herr Präsident, ich beglückwünsche Sie als einen hervorragenden Vertreter Afrikas in dem wichtigen Präsidentenamte dieser Generalversammlung. Ich bin zuversichtlich, daß unter Ihrer Leitung die 18.Sondergeneralversammlung trotz mancher noch zu klärender Fragen eine neue fruchtbare Phase der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einleiten wird. Der Außenminister Irlands hat bereits die gemeinsamen Positionen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften vorgetragen. Gestatten Sie mir einige Ergänzungen und Unterstreichungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Sondergeneralversammlung findet zu einem günstigen Zeitpunkt statt. Die weltweite Entspannung zwischen Ost und West läßt ein neues Klima der internationalen Zusammenarbeit entstehen und verbessert die Bedingungen für die Bewältigung der drängenden globalen Herausforderungen: die Bekämpfung der Armut, die fortschreitende globale Umweltzerstörung, das Bevölkerungswachstum sowie den Drogenmißbrauch.

In den letzten Monaten ist in Deutschland und in ganz Mittel- und Osteuropa Geschichte geschrieben worden. In der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Diktatur und freiheitlicher Ordnung haben sich die Völker Mittel- und Osteuropas in diesem letzten Jahr mit friedlichen Mitteln die Freiheit erkämpft. Daraus ist für uns Deutsche die Chance der Vereinigung beider deutscher Staaten erwachsen. Unsere westlichen Partner und in ganz besonderem Maße Präsident Bush begleiten unser nationales Anliegen mit wohlwollender Unterstützung. Das gilt auch für unsere Freunde in Afrika, Asien und Lateinamerika. Dafür gebührt ihnen allen unser Dank. Dabei wissen wir, daß die Veränderungen in Europa nicht denkbar gewesen wären ohne die Politik von Präsident Gorbatschow.

In diesen Tagen wird oft die Frage gestellt: Wird die Bundesrepublik Deutschland ihr neues Engagement in Osteuropa und im anderen Teil Deutschlands mit einer Fortsetzung ihrer bisherigen Entwicklungshilfe verbinden können? Die Antwort ist ein eindeutiges Ja. Trotz der zusätzlichen Anforderungen, die der Bundesrepublik Deutschland aus der Öffnung der mittel- und osteuropäischen Länder erwachsen, werden wir unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt unvermindert fortführen. Die Angst vor einer Kürzung der Entwicklungshilfe ist noch dem alten Denken verhaftet. Die neue Situation in Mittel- und Osteuropa ist dadurch gekennzeichnet, daß Hemmnisse abgebaut, ideologische Fesseln gelöst und gewaltige Wachstumspotentiale freigesetzt wurden.

Bei unserer Hilfe von West nach Ost wird es zu unserer Entwicklungshilfe kein Verhältnis des Entweder-Oder geben, sondern nur ein Sowohl-Als-auch. Dies hat auch Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigt. Für die Unterstützung mittel- und osteuropäischer Staaten haben wir in diesem Jahr zusätzliche Mittel bereitgestellt. Gleichzeitig steigen unsere Aufwendungen für die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Auch die deutsche Beteiligung an der neunten Auffüllung der Mittel für die Internationale Entwicklungsorganisation und nicht zuletzt die kürzlich unterzeichneten Lomé-IV-Vereinbarungen – die von der Bundesrepublik Deutschland als größtem Geber mitfinanziert werden – unterstreichen mit erheblichen Steigerungsraten die Bedeutung, die die Bundesregierung der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt beimißt.

Die Deutsche Demokratische Republik hat erstmalig ein eigenes Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eingerichtet. Die Bundesregierung begrüßt diese Entscheidung. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sind sogleich darin übereingekommen, ihre Entwicklungszusammenarbeit miteinander abzustimmen. Ebenso wie ich wird sich heute auch der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Deutschen Demokratischen Republik, Herr Ebeling, an diese Sondertagung der Generalversammlung wenden.

Dies ist unser Versprechen: Auf dem Wege zur Einheit wird Deutschland seine Verantwortlichkeit gegenüber den Entwicklungsländern auch weiterhin wahrnehmen.

Der Ost-West-Konflikt hat in allen Regionen der Welt die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe und die Entwicklungschancen insgesamt beeinträchtigt. Nun eröffnen sich neue Chancen für Entwicklung und Zusammenarbeit:

- > Der Nord-Süd-Dialog insgesamt wird von ideologischen Belastungen befreit.
- > Durch die weltweite Entspannung werden in den Industrieländern

wie in der Dritten Welt Mittel freigesetzt, die bisher für Rüstungsausgaben verwendet wurden. Dies vergrößert mittelfristig den Spielraum für die Entwicklungshilfe.

- > Der wirtschaftliche Aufschwung, den die mittel- und osteuropäischen Länder mit der Einführung der Marktwirtschaft erleben werden, wird dort eine zusätzliche Nachfrage auch nach Erzeugnissen aus der Dritten Welt auslösen. Bereits heute zeichnet sich ab, daß Mittel- und Osteuropa zu einem Motor für Fortschritt und Entwicklung in der Welt werden kann.

- > Die friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa und die wirtschaftlichen Reformen dort haben Signalcharakter für die Dritte Welt. Dieses Signal wird mittlerweile von mehr und mehr Entwicklungsländern aufgegriffen.

In Mittel- und Osteuropa ist deutlich geworden, daß staatlich gelenkte Zentralwirtschaft in die Sackgasse führt. Die Alternative ist jedoch nicht das häßliche Gesicht des rücksichtslosen Kapitalismus. Es gibt einen dritten Weg: Soziale Marktwirtschaft als eine Wirtschaftsordnung, die das freie Spiel des Marktes begrenzt durch soziale und ökologische Verantwortung.

Entwicklung erfordert stabile und berechenbare Rahmenbedingungen, die den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Dauerhaftes Wirtschaftswachstum und Freiraum für privatwirtschaftliche Initiative, Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am politischen und wirtschaftlichen Leben und nicht zuletzt die Achtung der Menschenrechte bedingen einander. Im Rahmen unserer Entwicklungshilfe wollen wir deshalb auch in Zukunft Länder, die dies wünschen, beraten bei politischen und wirtschaftlichen Reformen, bei der Schaffung von Spielräumen für privatwirtschaftliche Initiative, bei marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen, die soziale Gerechtigkeit schaffen, bei der stärkeren Förderung der Beteiligung der Menschen am Entwicklungsprozeß sowie beim Aufbau demokratischer Regierungsformen und rechtsstaatlicher Verwaltungen.

Der Notwendigkeit durchgreifender Strukturreformen in den Entwicklungsländern steht die Verantwortung der Industrieländer für weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen gegenüber, die die Entwicklungsbemühungen der Länder der Dritten Welt unterstützen. Die Bundesrepublik Deutschland wird deshalb auch weiterhin für offene Märkte und eine freie Weltwirtschaft eintreten. Der EG-Binnenmarkt, den wir 1992 vollenden wollen, wird auch für die Entwicklungsländer neue Handelschancen eröffnen. Eine handelspolitische Festung Europa wird es 1992 nicht geben. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, daß auch die Uruguay-Runde vorteilhafte Ergebnisse für die Entwicklungsländer erbringen wird. Wir sehen darin auch einen wichtigen Beitrag zum Abbau der immer noch für zahlreiche Entwicklungsländer kritischen Verschuldungsprobleme.

Wirtschaftliche Entwicklung kann nur dauerhaft sein, wenn die Erhaltung der Umwelt dabei gesichert ist. Die neunziger Jahre sind das Jahrzehnt von Umwelt und Entwicklung. Für die gesamte Menschheit geht es um die Erhaltung der Schöpfung. Die Bundesrepublik Deutschland mißt daher der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 eine besondere wegweisende Bedeutung zu. Nicht zuletzt die verheerenden Beispiele der Umweltzerstörung in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die erst nach dem Zusammenbruch der alten Regime in ihrem vollen Umfang bekannt geworden sind, unterstreichen einmal mehr die Notwendigkeit, weltweit zu einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang mit der Natur zu gelangen. Unser Wohlstand heute darf nicht die Lebenschancen unserer Kinder beeinträchtigen. Bei der Vereinbarung von Umwelt und Entwicklung sind zuallererst die Industrieländer selbst gefordert. Sie haben eine besondere Verantwortung und einen besonderen Handlungsbedarf – schon deshalb, weil sie weltweit zu den größten Umweltverschmutzern zählen.

In den Entwicklungsländern ist Armut nach wie vor das schlimmste Umweltgift. Es ist daher die Aufgabe aller Beteiligten und insbesondere auch der Entwicklungshilfe, den verderblichen Kreislauf: Armut – Bevölkerungswachstum – zunehmender Druck auf die natürlichen Ressourcen – Umweltzerstörung – verschärfte Armut – an vielen Stellen gleichzeitig aufzubrechen. Dies bedeutet verstärkte Bevölkerungspolitik – eine Forderung, die auch an die Organisationen der Vereinten Nationen gerichtet ist. In den neunziger Jahren bleibt die Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt, besonders in Afrika, eine vorrangige Herausforderung. Die Bundesrepublik Deutschland gibt deshalb bereits heute mehr als die Hälfte ihrer Entwicklungshilfemittel an die ärmsten Entwicklungsländer.

Auch der weltweite Kampf gegen das Rauschgift stellt die Entwick-

lungszusammenarbeit vor zusätzliche Aufgaben. Entwicklungshilfe kann und soll dazu beitragen, die sozialen Ursachen für Drogenanbau und -konsum in den Entwicklungsländern zu beseitigen. Die heutige Aufnahme Namibias als unabhängiger Staat in die Vereinten Nationen ist ein Sieg des namibischen Volkes. Dies ist aber auch ein Sieg der Vereinten Nationen, ohne deren Einsatz der Weg Namibias über freie und faire Wahlen in die Unabhängigkeit nicht möglich gewesen wäre. Im Namen der Bundesregierung möchte ich dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, seinem Sonderbeauftragten sowie allen Beteiligten für die hervorragende Arbeit ausdrücklich danken. Wir wünschen den Vereinten Nationen als wirkungsvollste friedensstiftende Kraft in Zentralamerika ähnliche Erfolge, insbesondere in Ni-

caragua und El Salvador – aber auch in Haiti. Die Bundesrepublik Deutschland ist auch weiterhin bereit, sich für die friedenssichernden Aufgaben der Vereinten Nationen aktiv zu engagieren. Darüber hinaus sollten die Vereinten Nationen eine wichtige politische und noch stärker koordinierende Rolle bei Nothilfemaßnahmen – insbesondere in Afrika – übernehmen.

Ich habe wichtige Herausforderungen für die neunziger Jahre skizziert, die die internationale Entwicklungszusammenarbeit prägen werden. Sie werden beeinflusst durch den Dreiklang von Abrüstung, Umweltschutz und Entwicklung. Auf dem Weg zur Einheit wie als vereinigt Land wird Deutschland seinen Beitrag zu diesem Dreiklang leisten.

## Schwerter zu Pflugscharen

Rede des Ministers der DDR für Wirtschaftliche Zusammenarbeit vor der 18. UN-Sondergeneralversammlung (23. April 1990)

HANS-WILHELM EBELING

Herr Präsident, nehmen Sie meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl als Präsident dieser 18. Sondertagung der UN-Vollversammlung entgegen. Von dieser Tagung werden zu Recht Impulse für die Lösung der die gesamte Weltgemeinschaft bedrohenden wirtschaftlichen und ökologischen Probleme erwartet. Es darf uns nicht gleichgültig lassen, daß sich 430 Millionen Menschen unserer Erde mit einem jährlichen Bruttosozialprodukt von 227 Dollar bescheiden müssen, daß gegenwärtig in 14 Monaten genausoviele Menschen an Hunger und vermeidbaren Krankheiten sterben, wie der Zweite Weltkrieg an Opfern gekostet hat, oder daß 70 Prozent der Menschen in den ärmsten Ländern weder lesen noch schreiben können. Meine Delegation, das versichere ich Ihnen, wird sich mit aller Kraft für den erfolgreichen Abschluß dieser UN-Vollversammlung einsetzen.

Es ist mir eine große Ehre, die Vertreter eines unabhängigen Namibias als Mitglied der Weltgemeinschaft freier und demokratischer Staaten begrüßen zu dürfen.

Die Welt ist Zeuge weit in die Zukunft weisender Veränderungen. Die internationalen Beziehungen zeigen begrüßenswerte Fortschritte. Ideologische Konfrontation mußte endlich dem Dialog, der Vertrauensbildung und der Kooperation Platz machen.

Im Spektrum unserer sich wandelnden Welt kommt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle zu. Die schnellen wirtschaftlichen Veränderungen unserer Zeit sind eine große Herausforderung für alle Staaten. Freilich bergen sie auch beträchtliche Risiken in sich. Diesen Herausforderungen und Risiken stehen wir alle gegenüber. Wir müssen ihnen mit einer neuen Qualität und mit einer neuen Dimension des Zusammenlebens der Völker begegnen. Dafür bedarf es des Beitrages aller Seiten, gemeinsamer Strategien und Aktionen. Die Sondertagung bietet eine Chance, diesen Prozeß zu befördern.

Wenn ich hier als Minister der gerade vereidigten Regierung der DDR zunächst den Blick auf mein Land lenke, so bedeutet das nicht, daß wir den globalen Fragen der Weltwirtschaft sekundäres Gewicht beimessen würden. Aber der Wandel in unserem Lande ist zu jung, die Emotion zu frisch, der Zeitraum seit jener friedlichen Revolution vom November vergangenen Jahres zu kurz, als daß wir sogleich zur Tagesordnung übergehen könnten. Die DDR war nicht das erste Land aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, das sich aus dem Griff einer zentralistischen Planwirtschaft und eines totalitären Sozialismus löste. Hier aber wurde zuerst eine sich auf breite Zweidrittelmehrheit im Parlament stützende Regierung gebildet, die Freiheit und Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit zu ihrem Programm gemacht hat. Ich möchte Sie, Herr Präsident, auch im Namen dieser neuen Regierung ganz herzlich begrüßen.

Europa ist im Aufbruch zu einer neuen Gemeinsamkeit, zu einem wirtschaftlichen Ausgleich und zu einem friedlichen Miteinander. Wir begreifen uns als einen gleichberechtigten Teil dieses neuen Europas, das keinen bedroht und gegen niemanden gerichtet ist. Dieser Kontinent kann auf eine lange gemeinsame Geschichte zurückblicken, hat eine großartige Zukunft vor sich und ist auf dem besten Wege, zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, ja sogar zu einem immer enger werdenden Staatenbund zusammenzuwachsen. Die Spaltung Europas wird auch mit der Einheit Deutschlands überwunden werden.

Wir übernehmen in der DDR kein leichtes Erbe: Die wirtschaftliche und technische Entwicklung ist hinter dem Weltstand zurückgeblieben, die Bausubstanz hat sich Jahr für Jahr verschlechtert, die Ökologie unserer Flüsse und Seen, Wälder und Felder, der Zustand von Wasser, Luft und Boden sind in vielen Gebieten kritisch. Vor allem aber: Viele Menschen haben nach Jahrzehnten staatlicher Gängelung und Bevor-

mundung ihre Eigeninitiative, ihr Engagement und ihre Spontaneität verloren. Allen gemeinsam aber sind heute eine neue Hoffnung und der Wille, die Zukunft zu gestalten.

Die Regierung der DDR wird aber trotz der großen Herausforderungen und Probleme im eigenen Land die Sorgen und Nöte der Menschen in anderen Teilen der Welt nicht vergessen: Wir wollen nicht egozentrisch nur die eigenen Probleme angehen, sondern fühlen uns solidarisch mit den Ländern, die vor ähnlichen Fragen der Wirtschafts- und Strukturreform, der Demokratisierung und des Umweltschutzes stehen. Das Kapital der DDR ist nicht das große Geld, sondern der persönliche Einsatz, das fachliche Wissen und das menschliche Verständnis für die Probleme eines im Auf- und Umbau befindlichen Landes. Viele Aufgaben können wir gemeinsam besser lösen und so manche Problemlösungen voneinander lernen. Wir wollen ein partnerschaftliches Miteinander mit den Ländern der Dritten Welt pflegen. Wir wollen gerade nach den hinter uns liegenden Ereignissen aber auch die Botschaft vom Frieden, von sozialer Gerechtigkeit, von Demokratie und Einheit in die Länder tragen, mit denen wir auch bisher zusammengearbeitet haben.

Wir wollen also die Beziehungen zu den Ländern, die wir bereits in der Vergangenheit unterstützt haben, beibehalten und ausbauen. Wirtschaftliche, medizinische, landwirtschaftliche und soziale Projekte werden weitergeführt, wobei ich an dieser Stelle hinzufügen muß, daß wir eine Entideologisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beschlossen haben. Darum wird dort eine radikale Umstrukturierung erforderlich, wo sich die Hilfe der SED-geführten DDR in der Vergangenheit auf die Unterstützung eines repressiven Sicherheitsapparates konzentriert hat. Die Hilfe der DDR darf niemals mehr der Unterdrückung, Ausbeutung und Drangsalierung der Bevölkerung dienen. Hier werden wir deutliche Kurskorrekturen vornehmen und unsere Arbeit in dem Kontext der freiheitlich demokratischen Staaten integrieren.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR wird sich überall auf der Welt in einer zunehmenden Kooperation mit ähnlichen Projekten der Bundesrepublik Deutschland entwickeln. Das Neben-, ja Gegen-einander ist beendet. Parallel zum Vereinigungsprozeß der beiden Staaten in Deutschland wird es zu einer Verschmelzung des deutsch-deutschen Engagements in den Ländern der Dritten Welt kommen.

Mit den Menschen aus den Entwicklungsländern haben wir nicht nur in Übersee Kontakt, sondern auch im eigenen Land. Der Ausländer in unserer Mitte soll unser Mitbürger sein, wenn er legal eingereist ist. Der politisch Verfolgte wird auch in der DDR im Rahmen der Gesetze Asyl genießen. Wichtig für das weitere Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in unserem Land sind darüber hinaus alle Initiativen, die die kulturelle Vielfalt als Reichtum erleben lassen und den Gedanken der Solidarität gerade mit den ärmsten Ländern der Welt wieder bestärken, der leider zur Zeit bei vielen Menschen unseres Landes sehr untergegangen ist.

Für uns und unsere neuen Projekte in den Ländern der Dritten Welt wird der Mensch im Mittelpunkt stehen, nicht als Maß aller Dinge, aber als entscheidendes Kriterium. Um den Menschen eine lebenswerte und menschenwürdige Zukunft zu ermöglichen, werden wir uns, wo immer möglich, am Kampf gegen die Armut beteiligen, für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzen, den Drogenmißbrauch im internationalen Verbund eindämmen, die Gesundheitsversorgung verbessern, die Wohnungsnot lindern und vor allem die Umweltzerstörung einschränken, beenden und, wenn möglich, sogar rückgängig machen. Der fortschreitende Raubbau an den Wäldern dieser Erde, die Veränderung des Klimas durch schädliche Abgase und das weltweite Vordringen der Wüsten sind nur drei Beispiele für eine lebensgefährliche Bedrohung, die uns alle angeht und die nur von uns allen gemeinsam bekämpft werden kann.

Die drückende Last der Auslandsverschuldung gerade der Entwick-